

Mehr linke Politik für unsere hessischen Kommunen: Solidarisch leben in starken Städten und Gemeinden

Wir als Die Linke haben Spielräume, die wir nutzen und erweitern können und werden - auf allen Ebenen. Wir können außerparlamentarisch Verbündete finden und Druck machen auf Entscheider*innen im Rathaus. Und wir können in den Gremien und Parlamenten vor Ort nahbar und konsequent für bessere Verhältnisse eintreten und auftreten.

Bedeutung von Kommunalpolitik in dieser Zeit

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für unser Leben und Wirtschaften werden auf Bundesebene und in der EU verhandelt, umkämpft und beschlossen. Die Umsetzung aber wird meist als lebendige Praxis vor der Haustür in den Kommunen erlebt. Ob und wie sozial-ökologischer Umbau, oder auch nur Klimaschutz gelingen kann, entscheidet sich vor allem vor Ort:

Gibt es öffentlichen Nahverkehr mit Mobilitätsgarantie, guten Arbeitsbedingungen und für alle bezahlbar? Sind die Wege für Fuß und Fahrrad sicher und komfortabel für alle? Oder werden Parkplätze subventioniert und Öffis vernachlässigt? Bieten die Stadtwerke erneuerbare Energie- und Wärme zu sozial gerechten Preisen? Wird das Potential auf allen Dächern genutzt und gibt es transparente Planung, gute Beteiligungsprozesse und Kommunikation? Oder bleibt Energiewende den Wohlhabenden vorbehalten? Gibt es genügend Sozialwohnungen, kommunale Wohnungsgesellschaften, Wohnraumagenturen und wird Obdachlosigkeit verhindert? Wird Grund und Boden für die Allgemeinheit gesichert und Leerstand vermieden? Oder wird Wohnraumversorgung dem Markt und damit dem Profitinteresse von Immobilieninvestoren überlassen? Gibt es in den KiTas und Schulen gesundes und preiswertes Mittagessen, gibt es Schulküchen und Gärten? Werden Lebensmittelversorgung aus der Region und öffentliche Kantinen gefördert, damit gemeinsames Mittagessen für alle möglich wird? Oder werden Arme zu den überlasteten Tafeln geschickt? Gibt es wohnortnah genügend Versorgung für Kranke und Pflegebedürftige? Werden pflegende Angehörige unterstützt? Können alle Schüler*innen in guten Verhältnissen lernen? Bekommen alle einen Kitaplatz und qualifizierte Grundschulbetreuung? Sind Sport und Spielplätze, Schwimmbäder, Kultur- und Jugendräume da? Oder müssen die Leute viel bezahlen oder weit fahren, um solche Angebote zu erreichen? Werden Inklusion, Soziokultur und Interkulturelles Leben, Umweltbildung, internationale Solidarität und Nachbarschaftlichkeit gefördert? Oder bleibt sich jeder selbst überlassen? Werden Klimaanpassung und Lebensqualität umweltgerecht geplant und weiterentwickelt? Oder wird nur dort was verbessert, wo die Einflussreichen leben? Werden Projekte und Entscheidungen mit guten Beteiligungsverfahren, mit Empathie und für alle verständlich entwickelt? Oder wird top-down aus dem Rathaus regiert? Wir haben in vielen Kommunalvertretungen sehr klar gemacht auf welcher Seite wir stehen. Wir wollen, dass die Menschen über ihre Zukunft selbst entscheiden. Wir legen uns mit den Reichen und Mächtigen an. Wir kämpfen gemeinsam mit den Menschen für ein gutes Leben in Würde für alle

Daseinsvorsorge ist Sache der Kommunen

Wirtschaft ist nicht gleich Marktwirtschaft. Im Gegenteil: ohne öffentliche Infrastrukturen und Daseinsvorsorge, ohne unbezahlte Hausarbeit und ohne Subsistenzwirtschaften im globalen Süden würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren. Kapital- und profitgetriebene Wachstumswirtschaft dominiert und ist nicht nur für extreme Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen verantwortlich, sondern auch für existenzbedrohende ökologische Zerstörung.

Im Unterschied dazu können kommunale Unternehmen gemeinnützig wirtschaften - mit dem Ziel öffentliche Daseinsvorsorge nachhaltig sicher zu stellen, am Bedarf der Bewohner*innen ausgerichtet und in öffentlicher Hand – in den Händen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

Ein Beispiel ist die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft, die für sauberes Trinkwasser, sichere Abwasserentsorgung, nachhaltige Gewässerunterhaltung und Hochwasserschutz sorgt. Sie ist dem Umweltschutz verpflichtet, der vorausschauenden Wirtschaftlichkeit, vor allem aber der Versorgung der ganzen Bevölkerung. Und das gelingt gut. Öffentlich-rechtliche Unternehmen oder kommunalen Betriebe kooperieren in Zweckverbänden und sorgen auch in dünn besiedelten Regionen für Wasserinfrastruktur.

Wir wollen, dass diese Art der Gemeinwohl-Wirtschaft ausgedehnt wird auf Wohnen und Mobilität, Wärme und Energie, Gesundheit, Bildung und Kultur, soziale Einrichtungen, Abfall und Wiederverwendung ... all das sind gesellschaftliche Bereiche des Daseins, die in öffentliche Hand gehören und nicht privatrechtlich über Kaufkraft und Profitabilität bestimmt sein dürften.

Derzeit ist keine linke Bewegung in Sicht, die die herrschenden Macht- und Besitzverhältnisse revolutionieren könnte. Aber wir können vor Ort darum ringen, dass öffentliche Daseinsvorsorge nicht privatisiert wird, dass es Rekommunalisierung gibt und dass neue gemeinnützige öffentliche Unternehmen und Einrichtungen errichtet werden. Wir wollen, dass kommunale Strukturen wachsen, die einen sozialen und ökologischen Umbau der Art und Weise unseres Lebens und Arbeitens ermöglichen. Versorgung statt Verschwendung. Öffentlicher Wohlstand eben, statt privater Hyperreichtum.

Kommune muss finanziert werden: Mehr Kohle in öffentliche Kassen!

Die Kommunen haben öffentliche Daseinsvorsorge als Aufgabe, aber zumeist ist weder eine nachhaltige Versorgung gewährleistet noch der Bedarf der Bevölkerung gedeckt. Es fehlt an Schultoiletten und Kitaplätzen, an regenerativen Wärmenetzen, an sozialem Wohnraum, an Lernschwimmbecken, Busverbindungen und vielem mehr. Den meisten Städten und Gemeinden fehlen die Finanzen, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Wir wollen, dass der Artikel 137 der Landesverfassung mit Leben erfüllt wird. Dort steht im Absatz fünf: Der Staat hat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Er stellt ihnen für ihre freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung.

Darüber hinaus brauchen wir öffentliche Institutionen, die den Gemeinden Hilfestellung anbieten für den Aufbau und die Rückgewinnung eigener Infrastrukturen der Daseinsvorsorge. Wir fordern von der Hessischen Landesregierung die Gründung eines Institutes, das auch über ausreichende

Finanzmittel verfügt, um Gutachten und Sachverständige oder eine Anschubfinanzierung zur Rekommunalisierung von Unternehmen und Leistungen zu bezahlen. Außerdem muss die hessische Gemeindeordnung geändert werden, so dass die eigenwirtschaftliche Betätigung von Kommunen gefördert und nicht beschränkt wird.

Kommunen haben wenig Möglichkeiten eigene Steuern zu erheben. Grundsteuern belasten als Nebenkosten auch Mieter*innen. Bei der Gewerbesteuer gibt es den Wettbewerb der Kommunen um den niedrigsten Hebesatz als Ansiedlungsanreiz für die Unternehmen. Die Möglichkeit Rücklagen einzusetzen oder einzusparen ist in den meisten Kommunen beendet. Da geht es dann um Kürzungen in der Jugendhilfe, um fehlende Schul- und Kitaplätze, um Schließung von Bürgerhäusern und Kliniken, um fehlenden Hochwasserschutz und andere Klimaanpassungen, die nicht erbracht werden können.

Angebote für Kultur und Sport, wie sie in der Landesverfassung stehen, zählen zu den so genannten freiwilligen Leistungen. Die stehen häufig ganz zur Disposition und können nicht finanziert werden.

So wird Demokratie zum Luxus. So schwindet das Vertrauen auch in der Kommunalpolitik. Die Aggression gegenüber Mitarbeiter*innen wächst. Die Abwendung von Politik und Staat wird forciert. Das akzeptieren wir nicht!

Den Kommunen werden immer mehr Aufgaben zugewiesen. Geld dafür vom Land und vom Bund gibt es erst mit massivem Druck aus den Kommunen und das meist zu wenig. Mit dem "Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte" wehren sich mehr als 60 Kommunen aus sieben Bundesländern, fordern Schuldenerlass und aufgabengerechte Finanzierung. Richtig so.

Um die Demokratie zu stärken, ist ein Umsteuern und eine Umverteilung von Steuergeldern erforderlich. Dazu gehört die Einführung einer Gemeindewirtschaftssteuer und ein größerer Anteil den Kommunen an den Vermögenssteuer Steuereinnahmen, sowie die Entschuldung hochverschuldeter Kommunen. Das Land muss den Kommunen die Schulden und Zinsen, die über Schutzschirm und Hessenkasse übernommen worden waren erlassen.

Insgesamt ist gerechtere Steuerpolitik unverzichtbar. Eine europäische für Multimillionär*innen, wie es die Kampagne „tax the rich“ fordert, könnte allein in Deutschland 85 Milliarden Euro pro Jahr einbringen. Große Erbschaften, Körperschaften, Kapital- und Spitzeneinkommen müssen höher besteuert werden. Eine Übergewinnsteuer soll die Profiteure von Krisen, Kriegen und Inflation heranziehen. Steuerehrlichkeit muss durchgesetzt werden - gegen die Reichen und Mächtigen.

Gerechte Kommunalpolitik mit Linken

Die Linke steht für Steuergerechtigkeit, Erweiterung der Demokratie und Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge – als Gegengewicht zur kapitalistischen Verwertungslogik. Wir wollen, dass in den Kommunalparlamenten nicht darum gestritten, was noch verkauft, wo noch eingespart werden kann, sondern dass Protest gegen die ungerechte Verteilung organisiert wird.

Wir wollen die kommunalen Möglichkeiten zu Gunsten sozialer und demokratischer Teilhabe ausschöpfen und erweitern. Wir vertreten die Anliegen von Armen, von den Beschäftigten, von Bürger*innen, die sich gegen Ungerechtigkeit wehren und pochen auf Umweltgerechtigkeit zu Gunsten von "vulnerablen Gruppen". Wir protestieren gegen Ungerechtigkeit und unterstützen Betroffene, sich zu wehren.

Wir haben gute Gründe für gemeinnütziges kommunales Wirtschaften: Leistungen, die für alle Bürger*innen zugänglich sind, günstige Preise ohne Profiteure, Wertschöpfung, die in der Region bleibt, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu tarifgerechten Bedingungen, betriebliche Mitbestimmung und kommunale Selbstbestimmung, Transparenz und demokratische Kontrolle. Kommunale Betriebe können die Versorgung der Bevölkerung gewährleisten, gerade dort, wo Private keine Gewinnchancen wittern.

Wir wollen die feministische Idee der „Sorgenden Städte“ verbreiten (rosalux.de/sorgende-staedte). Als Einstieg etwa die Forderung nach kommunaler Dienstleistung in der Altenpflege oder der Ausbau von Gesundheits- und Nachbarschaftszentren. Diese könnten Unterstützungsangebote etwa für ältere Menschen und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche bieten, ebenso wie Räume für geteilte Sorgearbeit in Elterngruppen oder Gemeinschaftsküchen. Dazu gehören Maßnahmen, die eine Stadt für alle zugänglich machen, wie etwa Nulltarif im ÖPNV oder einen Krankenschein, der auch Menschen ohne Papiere Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglicht. Es geht auch um eine Stadt, in der sich alle wohlfühlen, mit Grünflächen, guten Fuß- und Radwegen, mit Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung sexualisierter Gewalt (Umsetzung Istanbul-Konvention), mit Maßnahmen gegen sexualisierte Belästigung im öffentlichen Raum und in der städtischen Verwaltung (Umsetzung der auch endlich 152 von Deutschland ratifizierten ILO-Konvention 190) und ohne anlasslose Polizeikontrollen. Wir wollen, dass Geschlechtergerechtigkeit und gute Sorgeverhältnisse zu Leitlinien der öffentlichen Verwaltung werden.

Dies alles ist – wie vieles andere – unter der schwierigen Finanzlage vieler Kommunen eine Gratwanderung. Meist sind die Rücklagen aufgebraucht, Liegenschaften verkauft und die Grundsteuer bis an die Schmerzgrenze erhöht. Trotzdem ist es kaum möglich einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Vor diesen Herausforderungen stehen auch linke Kommunalpolitiker*innen – egal ob in der Opposition oder in der Regierung.

Wir müssen das eine tun und das andere nicht lassen:

Wir führen den Kampf um gute finanzielle Ausstattung unserer Gemeinden – mit Anträgen, Vernetzung und Mobilisierung von denjenigen, die unter den Kürzungen leiden. Und wir kämpfen darum, dass alle real existierenden Möglichkeiten für bessere Kommunalpolitik genutzt werden.

Unser Engagement lohnt sich! Wir können auf einige kommunalpolitische Erfolge stolz sein:

In vier Kommunen ist Die Linke Koalitionspartnerin. In Wiesbaden konnten wir gemeinsam mit Verbänden und Engagierten einen Kahlschlag im Kinder- und Sozialbereich (20 Millionen Euro Kürzungen waren geplant) verhindern. Unsere Dezernentin steht gegenüber den teilprivatisierten Helios Dr. Horst Schmidt Kliniken klar an der Seite der Beschäftigten und Patient*innen. Und die Umsetzung der Cannabislegalisierung ist gut auf den Weg gebracht. Im Kreis Groß-Gerau wurde die Kreisklinik gerettet und die Beschäftigten des Klinikservice wurden "rekommunalisiert" – jetzt gilt für alle der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes. Außerdem verhindert dort eine Wohnungssicherungsstelle Woche für Woche Räumungen von Wohnungen und die Neue Wohnraumhilfe akquiriert Wohnraum, der nicht auf dem Markt ist. In Gießen konnte eine Sozialwohnungsbauquote und ein Fonds bei Problemen die Energiekosten zu zahlen vereinbart werden.

Auch als linke Opposition können wir was erreichen: In Darmstadt wurde auf Druck der Linksfraktion ein Sozialticket eingeführt. In Kassel wurden eine

Sozialwohnungsquote durchgesetzt und Mieter*innen organisiert, so dass sie selbst ihre Interessen verteidigen können. In Frankfurt konnte die Linke trotz erheblichen Widerstands der Stadtregierung erzwingen, dass die Istanbul-Konvention umgesetzt wird. Die Römerfraktion erfährt viel Aufmerksamkeit für ihr hohes Engagement. Zum Erhalt der Klinik In Hofheim hat die Linke im Kreistag ein überparteiliches Gesundheitsbündnis auf die Beine gestellt, die Petition gegen die Schließung wird von mehreren Tausend Menschen unterstützt.

Wir haben durchgesetzt, dass Tonaufnahmen von Stadtverordnetenversammlungen und Beschlusskontrollen veröffentlicht werden und berichten aus den Gremien. Einige Fraktionen bieten Sozialsprechstunden, Ämterbegleitung und einen "Sozialkompass" an. Selbst auf dem Land geht was: In Neu-Eichenberg wurde mit unserer Hilfe nach vielen Jahren jetzt endgültig das Ackerland gerettet und wird nicht von Logistikhallen und Lkw-Kolonnen zerstört. Dieses sind Beispiele, von denen es noch weitere gibt. Und von solchen „kleinen Siegen“ wollen und können wir mehr erringen!

Dafür brauchen wir Programme und Persönlichkeiten, die das glaubwürdig verkörpern. Auch dann, wenn der Anpassungsdruck groß ist oder wenn ein Posten lockt. Wir wollen Menschen gewinnen für uns zu kandidieren, und Aufgaben zu übernehmen, die in ihrer tätigen Praxis Linke sind - ob mit oder ohne Parteibuch.

Auf zur Kommunalwahl 2026

Die Linke Hessen ist in einer widersprüchlichen Situation. Einerseits stecken uns Verlust von Landtagsfraktion und der schlechte Bundestrend in den Knochen. Andererseits hat die gewonnene politische Klarheit für einen Mitgliederzuwachs gesorgt, der die Verluste der Konfliktzeit ausgleichen konnte. Wir haben zwei Bundestagsabgeordnete und sind an den kommunalen Regierungen in Wiesbaden, in Gießen, in Dietzenbach und im Kreis Groß-Gerau beteiligt.

Unsere Partei steht als Mitgliederpartei deutlich stabiler da als die jüngsten Wahlergebnis. Doch ist die Situation regional unterschiedlich: Die Neueintritte konzentrieren sich - von positiven Ausnahmen wie im Werra-Meißner-Kreis abgesehen - mehrheitlich in urbanen Kreisverbänden. Unsere Aufgabe ist es, dieses Fundament zu nutzen und zu stärken, zugleich aber auch in Kleinstädten und Gemeinden unsere Präsenz auszubauen. Dafür haben wir mit der LAG ländliche Räume oder mit der Krankenhaus-Aktionswoche praktische Ansätze.

Kommunalfraktionen sind notwendig, damit unsere Partei in der Fläche präsent ist, dass Büros erhalten werden und wir als relevanter Akteur präsent sind. Deshalb wollen wir bei der kommenden Kommunalwahl unsere Kommunalmandate wiedergewinnen. Dazu gehören auch Listenverbindungen und die Unterstützung von Menschen, die eine Kandidatur für die Linke in Betracht ziehen. Zugleich werden wir unsere Kreisverbände stärken, wie wir es beim letzten Landesparteitag beschlossen haben - für aktive Kreisverbände und Basisorganisationen. Im Großen wie im Kleinen gilt: Wir machen unsere Geschichte selbst, aber unter vorgefundenen Bedingungen und vor allem gemeinsam. Wir wissen, dass kluge Kommunalwahlprogramme und pfiffige Plakate allein die Gemeinden nicht retten. Wir treten nicht nur zu Wahlen an, um den Interessen unserer Klasse Gehör zu verschaffen. Wir sind gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Mieter*inneninitiativen, Klimaaktivist*innen, migrantischen Gruppen oder Glaubensgemeinschaften aktiv und machen auch außerparlamentarisch Druck. Erfolgreiche Bündnisprojekte wollen wir auch für die Kommunalwahl fortsetzen und wo möglich neue schmieden.

Wir freuen uns schon auf die dritte bundesweite kommunalpolitische Konferenz (KoPoKon) der RLS die vom 21. bis 23. März 2025 in Wiesbaden steigt!
Wir werden für die Kommunalwahlen 2026 lokale Schwerpunkte gemeinsam mit unseren Mitgliedern sowie Freundinnen und Freunden diskutieren und setzen. Wir wollen auch 2026 eine fächendeckende linke Präsenz in den hessischen Kommunalparlamenten, damit linke Politik vor Ort mehr bewirkt. Lasst uns dafür kämpfen!